NABU & BUND | Bereich Natur- und Umweltschutz
Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2025
Antworten der Freien Demokraten

1. Im Naturschutz gibt es eine Finanzierungslücke von mind. 2 Mrd. € pro Jahr. Unterstützen Sie die Verstetigung des Aktionsprogramms ANK, eine neue Gemeinschaftsaufgabe mit starker Naturschutzkomponente sowie ein eigenständiges EU-Finanzierungsinstrument zur Schließung dieser Lücke?

Wir Freie Demokraten lehnen neue Gemeinschaftsaufgaben ab. Um politisch Gewolltes zu finanzieren, braucht es aus unserer Sicht keine Änderung des Grundgesetzes. Das ANK sieht eine Erfolgskontrolle vor. Bevor wir weitere Finanzierungen zusagen, sollten wir prüfen, ob die bereitgestellten Gelder überall effektiv eingesetzt werden. Bezüglich eines EU-Finanzierungsinstruments ist zu klären, wie dieses ausgestaltet werden soll. Wir sind der Ansicht, dass beispielsweise über die finanzielle Wertschätzung von Naturschutzmaßnahmen der Landwirtinnen und Landwirte weiterer Spielraum besteht.

2. Bekennen Sie sich zum bestehenden EU-Rechtrahmen für den Natur- und Artenschutz sowie zu einer ambitionierten Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Vollzugsdefizite abzubauen und effiziente Ökosystemwiederherstellung zu ermöglichen?

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum bestehenden EU-Rechtsrahmen. Wir sind überzeugt, dass mit der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur bereits ein sehr ambitionierter Plan vorgelegt wurde. Deutschland hat diesem Plan zugestimmt unter dem Vorbehalt, dass dieser nicht auf Kosten der Landwirtinnen und Landwirte umgesetzt wird.

3. Wie werden Sie die Erreichung der EU-Schutzgebietsziele (30% bis 2030, davon ein Drittel strikt geschützt) beschleunigen und sicherstellen? Werden Sie auch die marine Raumplanung in der AWZ und im Küstenmeer der Nord- und Ostsee auf Grundlage des Ökosystemansatzes fortschreiben?

Wir Freie Demokraten halten das 30/30-Ziel für sehr ambitioniert, aber durchaus umsetzbar. Das Ziel soll bis 2030 umgesetzt werden. Eine weitere Beschleunigung halten wir weder für notwendig noch für realisierbar. Die maritime Raumordnung für die AWZ wollen wir so weiterentwickeln, dass unter Umsetzung des Ökosystem-Ansatzes mit dem Ziel des guten Umweltzustandes Nutzungskonflikte aufgelöst und die vielfältigen Nutzungsformen besser miteinander in Einklang gebracht werden. Dabei wollen wir gezielt in Forschung, Entwicklung und die Unterstützung von Start-ups investieren.

4. Setzen Sie sich dafür ein, dass sämtliche Fördermittel der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik auf die einkommenswirksame Honorierung klar definierter Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft ausgerichtet und die Budgets der Öko-Regelungen sowie der Agrarumweltmaßnahmen weiter deutlich angehoben werden?

Wir Freie Demokraten fordern eine einfachere und marktwirtschaftlichere Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), um Landwirtinnen und Landwirte unabhängiger von der Agrarförderung zu machen. Von den flächengebundenen Direktzahlungen mit nicht immer fachlich nachvollziehbaren Auflagen profitieren die Landwirtinnen und Landwirte immer weniger. Durch die kleinteilige Förderung innerhalb der zweiten Säule der GAP ist der Verwaltungsaufwand enorm. Statt einer weiteren Aufstockung der Öko-Regelungen setzen wir auf die gezielte Förderung von Investitionen und Innovationen für eine nachhaltige, produktionsreiche Landwirtschaft. Davon profitieren die Landwirtinnen und Landwirte und die Umwelt gleichermaßen.

5. Welche Maßnahmen planen Sie, um den Tierschutz in der Nutztierhaltung zu verbessern und den Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung konsequent anzugehen und finanziell abzusichern?

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen wirtschaftlich tragfähigen Umbau der Nutztierhaltung ein, ohne diese durch verschärfte Standards aus Deutschland zu verdrängen. Denn dann findet diese unter schlechteren Bedingungen anderswo statt. Lebendtierexporte in Staaten, die nicht die EU-Mindeststandards einhalten, wollen wir unterbinden. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass einheitliche Regelungen im EU-Binnenmarkt für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen. Das nationale Tierhaltungskennzeichen sollte in einem EU-weit einheitlichen Label aufgehen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher an der Ladenkasse in ganz Europa durch transparente Kaufentscheidungen aktiv Tierwohl fördern können.

6. Werden Sie die Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie zu einem Kernprojekt der neuen Regierung im Interesse der Ressourcenschonung machen und sich für verbindliche Ressourcenschutz-Ziele einsetzen, um den Verbrauch von Primärrohstoffen deutlich zu senken?

Wir Freie Demokraten lehnen das starre Ziel zur Senkung des Primärrohstoffverbrauchs ab. Stattdessen wollen wir konkrete Verbesserungen bei der Nutzung von Sekundärrohstoffen wie eine Definition des Abfallendes. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode genau prüfen, welche Vorschläge aus der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie tatsächlich auf eine wettbewerbsfähige und ressourcenschonende Wirtschaft in Deutschland einzahlen und welche nicht.

7. Die Belastung von Umwelt und Menschen durch die „Ewigkeitschemikalien“ PFAS hat kritische Ausmaße erreicht und nimmt stetig zu. Werden Sie sich für die Umsetzung des Vorschlags zur universellen Beschränkung der gesamten PFAS-Gruppe auf EU-Ebene einsetzen?

Der Vorschlag verkennt, dass diese Chemikalien genau aufgrund dieser Eigenschaften eingesetzt werden und es oft keine Alternativen gibt. Insbesondere da, wo die Stoffe in geschlossenen Systemen wie Dichtungen eingesetzt werden, besteht keine Notwendigkeit eines Verbots. Ein Verbot würde dann nur zu einer Verlagerung der Produktion ins Ausland unter schlechteren Bedingungen führen. Eine Beschränkung in Verbraucherprodukten und bei Vorhandensein von Alternativen könnte unsere Zustimmung finden. Der aktuelle Schwebezustand hilft weder Umwelt noch Wirtschaft. Eine universelle Beschränkung der gesamten PFAS-Gruppe auf EU-Ebene lehnen wir Freie Demokraten ab.

8. Der Staat trägt Verantwortung, dass Zivilgesellschaft gestalten und sich entfalten kann. Setzen Sie sich ein für die Vereinfachung des Förderrechts, mehr Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht, die Erhaltung von Verbandsklagerechten sowie erleichterten Zugang zum Freiwilligendienst?

Eine liberale Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft – also viele Menschen, die sich gesellschaftlich oder politisch engagieren. Bürokratische Hürden jeder Art für zivilgesellschaftliches Engagement wollen wir spürbar abbauen, um etwa das Ehrenamt zu fördern. Digitale Angebote und Plattformen für Ehrenamtliche wollen wir weiter ausbauen. Wir setzen zudem auf attraktive und berufsvorbereitende Freiwilligendienste. Um den Zugang zu Freiwilligendiensten so einfach wie möglich zu machen, sollen die verschiedenen Angebote von FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr) über FÖJ (Freiwilliges Ökologisches Jahr) bis zum Bundesfreiwilligendienst durch ein Rahmengesetz vereinheitlicht werden.